



## „Nicht nur altruistisch motiviert“

Elisabeth Hartmann-Runge

2003 wurden vier Schleswig-Holsteinische Organisationen aus der Flüchtlingssozialarbeit vom Berliner Bündnis „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet. Am 6. September 2004 fand daraufhin die feierliche Preisverleihung in der Kieler Staatskanzlei mit u.a. der Ministerpräsidentin Heide Simonis statt. Elisabeth Hartmann-Runge hielt dort den gemeinsamen – hier leicht gekürzten - Redebeitrag der vier PreisträgerInnen.

Bei der hier heute gewürdigten Arbeit handelt es sich um solidarisches, parteiliches und bisweilen kritisches zivilgesellschaftliches Engagement für und gemeinsam mit Menschen, die in dieses Land gekommen sind, weil sie sich hier Demokratie und Toleranz erhofften. Es geht uns um die Durchsetzung elementarer Menschenrechte, die nur in einem Klima von Demokratie und Toleranz gedeihen können. Dafür braucht es Strukturen, Bündnis- und Dialogfähigkeit und nicht zuletzt den klaren politischen Willen, für gleiche Rechte und volle soziale und gesellschaftliche Partizipation einzustehen.

Das Land Schleswig-Holstein unterstützt dies seit zwei Legislaturperioden nicht nur finanziell. Auch im Gegenüber mit seinen Kollegen anderer Bundesländer bemüht sich der Kieler Innenminister bisweilen um mehr Liberalität und – wengleich nicht immer erfolgreich – um Abkehr von der vorherrschenden Flüchtlingsverhinderungspolitik. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und seine in der Fläche des Bundeslandes engagierten Mitglieder, Initiativen und alle weiteren heute hier vertretenen Organisationen wissen dieses zu schätzen. Die Preisverleihung ist uns auch ein Anlass, dieser Wertschätzung Ausdruck zu verleihen - verbunden mit der Hoffnung auf diesbezügliche Kontinuität in der Landespolitik.

Die gleichzeitige Auszeichnung von Initiativen auf kommunaler wie auf Landesebene spiegelt beispielhaft die Vielfältigkeit der Flüchtlingsarbeit von Nicht-Regierungsorganisationen in diesem Bundesland wider. Im Interesse der Männer, Frauen und Kinder, die vor Verfolgung, Krieg, Pogromen und vor anderen prekären Überlebensnöten aus ihrer Heimat entkommen sind, braucht es Menschen und Initiativen auf lokaler Ebene, die den Flüchtlingen und Asylsuchenden im Alltag zur Seite stehen:

**Elisabeth Hartmann-Runge** ist Vorsitzende des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V.



[www.ausgezeichnete-fluechtlingssozialitaet.de](http://www.ausgezeichnete-fluechtlingssozialitaet.de)

### Lokal

- Die nach tragischen Verlusten von Angehörigen oder in Situationen der Trennung von der Familie beistehen.
- Die bei der Bearbeitung traumatischer Erfahrungen unterstützen oder den Weg durch die Unwägbarkeiten des filigranen Asyl- und Ausländerrechts weisen.
- Die bei der Übersetzung von amtlichen Bescheiden oder beim Erlernen der deutschen Sprache helfen und zu Ärzten und Behörden begleiten. Initiativen helfen bei der Integration in Kindergärten und Schulen, auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Und sie geben die Unterstützung auch angesichts drohender

Abschiebung oder während des Vollzugs von Abschiebungshaft nicht auf.

Eine so gestaltete Flüchtlingssozialität ist allerdings alles andere als nur altruistisch motiviert. Die in diesem Rahmen engagierten Bürgerinnen und Bürger gestalten damit auch ihre eigene bundesdeutsche Gesellschaft, in der Flüchtlinge willkommen, Rassismus verpönt sowie menschenwürdiges und interkulturell kompetentes Verwaltungshandeln regelmäßiger Standard sein sollen.

### Kampagnen

Lokale Initiativen und landesweite Organisationen wie der Flüchtlingsrat schließen sich darüber hinaus zu themenbezogenen

### „Wir brauchen Sie, damit Sie uns unbequem sind“

Aus der Laudatio des Bündnisses „Aktiv für Demokratie und Toleranz von MdB Cornelia Sonntag-Wolgast

„Als ehemalige Staatssekretärin beim Bundesinnenminister und jetzige Vorsitzende des Innenausschusses weiß ich sehr genau, dass wir in Berlin - auch in einer rotgrünen Koalition - in der Ausländer- und Asylpolitik längst nicht allen Ihren Forderungen gerecht werden. Dass Sie unser Handeln für zu restriktiv halten. Dass auch das neue Zuwanderungsgesetz auf humanitärem Gebiet manches zu wünschen übrig lässt. Aber wir haben - z. B. mit der besseren Absicherung nichtstaatlich und geschlechtsspezifisch Verfolgter - und mit dem Bekenntnis des Staates zu seinen Integrationspflichten - meiner Meinung nach schon einen tüchtigen Schritt vorwärts getan.

Organisationen wie der Flüchtlingsrat, oder wie die Aktion "Hier geblieben - Integrieren!" sind wichtig. Gerade weil sie die Ausländer- und Flüchtlingspolitik gegen den Strich bürsten, gegen den Trend zu furchtsamer Abschottung. Wir brauchen Sie, damit Sie uns unbequem sind. Wir brauchen Sie als kritischen Widerpart gegen die immer noch reichlich vorhandene Gruppe derer, die in Ausländern immer noch Bedrohung und Belastung sehen. Wir ehren Sie, weil Sie so hartnäckig und einfallreich sind.“



## Ärztetagsbeschluss zur Begutachtung der Reisefähigkeit ermutigend

Dr. med Winfried Eisenberg

Der Deutsche Ärztetag hat bei seiner 107. Tagung vom 18.-21. Mai 2004 in Bremen zur Frage der „Begutachtung der Rückführungsfähigkeit von Ausländern“ u.a. beschlossen: **„Die Beschränkung einer medizinischen Begutachtung auf bloße ‚Reisefähigkeit‘ ist eindeutig abzulehnen, da sie nicht mit den ethischen Grundsätzen ärztlichen Handelns vereinbar ist.“**

Damit hat das höchste Ärztegremium, sozusagen das Standesparlament aller in Deutschland lebenden und arbeitenden Ärztinnen und Ärzte, frühere ähnlich lautende Beschlüsse ausdrücklich bestätigt, z.B. den des 102. Ärztetages von 1999, in dem es heißt:

*„Abschiebehilfe durch Ärzte in Form von Flugbegleitung, zwangsweiser Verabreichung von Psychopharmaka oder Ausstellung einer ‚Reisefähigkeitsbescheinigung‘ unter Missachtung fachärztlich festgestellter Abschiebehindernisse, wie z.B. in Behandlung stehende Traumatisierungen, sind mit den in der ärztlichen Berufsordnung*

**Dr. med. Winfrid Eisenberg** ist Kinder- und Jugendarzt, Mitglied des IPPNW-Vorstandes und des IPPNW-Arbeitskreises Flüchtlinge/Asyl, sowie Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft ProAsyl. Der Text ist der leicht gekürzte Redebeitrag Eisenbergs zur IMK-Demonstration am 7. Juli 2004 in Kiel.

*verankerten ethischen Grundsätzen nicht vereinbar.“*

Der aktuelle Beschluss ist außerordentlich ermutigend, denn die Innenministerkonferenz (...) hatte versucht, massiv auf die Bundes- und Landesärztekammern einzuwirken und sie politisch unter Druck zu setzen.

***Im Zweifelsfall darf niemals das Behördeninteresse über die bedrohte Gesundheit eines Menschen gestellt werden.***

Man wollte erreichen, dass die Ärztekammern und die Ärztetage ihren eindeutigen Standpunkt revidieren und mitteilen, dass

*„die Mitwirkung von Ärzten bei Rückführungsmaßnahmen und diesen vorangehenden Erhebungen nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen der ärztlichen Ethik stehe“.*

Die Ärztetagsbeschlüsse sind der Innenministerkonferenz ein gewaltiger Dorn im Auge. Im Kern geht es darum, dass die

Innenminister geradezu verzweifelt nach Medizinern suchen, die unter Missachtung der ärztlichen Ethik schlicht die „Flugreisetauglichkeit“ kranker Flüchtlinge bescheinigen.

Rein medizin- und transporttechnisch kann man heute fast jeden Kranken, und sei er liegend oder sogar an einer Infusion hängend, von A nach B bringen.

Stattdessen ist es aber absolute ärztliche Pflicht, bei der Begutachtung von Flüchtlingen nicht die bedeutungsleere „Reisefähigkeit“, sondern in einem viel weiteren Sinn die „Ausreisefähigkeit“ einschließlich einer menschenwürdigen Lebensmöglichkeit im Herkunftsland, eben die Rückkehrfähigkeit zu beurteilen.

Im Zweifelsfall darf niemals das Behördeninteresse über die bedrohte Gesundheit eines Menschen gestellt werden.

Leider gibt es einige Mediziner, die „eingeknickt“ sind und sich auf die unsinnige Flugreisetauglichkeitsfeststellung eingelassen haben. Hier gilt es, angesichts des Hippokratischen Eides, der ärztlichen Berufsordnung und der Ärztetagsbeschlüsse wachsam zu sein, mit solchen Kollegen das Gespräch zu suchen oder ggf. auch standesrechtlich gegen sie vorzugehen.

(Fortsetzung von Seite 25)

Kampagnen in Bündnissen zusammen. Das hier ebenfalls ausgezeichnete Bündnis Bleiberecht Schleswig-Holstein, das mit dem Slogan „Hier geblieben!“ für das Bleiberecht langjährig Geduldeter wirbt, ist ein Beispiel dafür.

Die Auszeichnung des Bündnisses Bleiberecht beweist uns, dass es auch unter dem Dach des Bundesinnenministeriums Menschen gibt, die ein Einsehen in die Notwendigkeit einer großzügigen Bleiberechtsregelung haben. Wir hoffen, dass diese politischen Kräfte – zu denen wir erfreulicher Weise auch die Mehrheit der Abgeordneten im Kieler Landtag rechnen

Mehr Informationen zu den Preisträgern unter [www.ausgezeichnete-fluechtlingssolidaritaet.de](http://www.ausgezeichnete-fluechtlingssolidaritaet.de). Dort sind auch die vollständigen Redebeiträge der Preisverleihung zu finden.

können – in Zukunft bundesweit an Gewicht gewinnen und sich die Anerkennung der Arbeit des Bündnisses auch in einer künftigen gesetzlichen Bleiberechtsregelung politisch umsetzt.

Unser Engagement will Alternativen gegenüber einer Politik formulieren, die bisweilen lediglich wirtschaftliches Kalkül, die Kultivierung europäischer Abschottungs-ideologie und die globale Verschiebung von Menschenrechtsproblemen zum einzig Möglichen zu erklären versucht.

### Fluchtursachen

Der Flüchtlingsschutz ist staatliche und gesellschaftliche Aufgabe. Davon nicht zu trennen ist die Bekämpfung von Fluchtursachen, bei der vor allem die Politik gefragt ist.

Ein besonders aktuelles Beispiel in diesem Zusammenhang ist Tschetschenien.

Von dort kommen Flüchtlinge auch nach Schleswig-Holstein. Sie haben Krieg, nicht selten bestialische Folter und regelmäßige Verfolgung überlebt. Die Wahrung der Menschenrechte im Kaukasus sollte u.E. von allen Seiten eingefordert werden. Wir sind erschüttert angesichts der Terrortragödie in Ossetien und wir trauern mit allen Leidtragenden.

Damit verbunden möchten wir aus Anlass des Besuches von Präsident Putin in Schleswig-Holstein abschließend unsere Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass es – bei aller gastgeberisch gebotenen Höflichkeit – Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, gelingen möge, im Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der russischen Armee auch die Menschenrechtslage in Tschetschenien zum Thema zu machen!

Wir danken Ihnen.